

Zimmermann, Klaus F.

Article

Warum wir eine engere europäisch-amerikanische Wirtschaftspartnerschaft brauchen: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2010) : Warum wir eine engere europäisch-amerikanische Wirtschaftspartnerschaft brauchen: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 10, pp. 12-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151928>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Warum wir eine engere europäisch-amerikanische Wirtschaftspartnerschaft brauchen

von Klaus F. Zimmermann*

Nach dem US-Marktforschungsinstitut Magid glauben nur 23 Prozent der Amerikaner, dass die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ihres Landes zu Deutschland intakt sind. Das Verhältnis zum europäischen Kontinent insgesamt dürfte kaum besser sein. Nicht wenige sorgen sich, die protektionistischen Strömungen in Amerika könnten wieder stärker werden.

Dies alles ist einigermaßen erstaunlich, denn die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und Amerika haben immerhin ein Volumen von 57 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Die beiden Regionen unterhalten die weltweit umfangreichsten Handels- und Investitionsbeziehungen mit jährlich mehr als 500 Milliarden US-Dollar. Rund sieben Millionen Beschäftigte sind in den USA heute bei europäischen Firmen beschäftigt und etwa sechs Millionen Europäer verdanken ihren Arbeitsplatz einem US-Investor.

Es gibt also viele Gründe, gerade jetzt die Idee einer engeren Wirtschaftspartnerschaft zwischen den beiden Kontinenten ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Spätestens nach dem Schock der globalen Finanzkrise, angesichts der drängenden Energie- und Klimafragen und der Herausforderungen der Internationalisierungen der Arbeitsmärkte besteht jetzt sogar die Pflicht, diese Aufgabe ernsthaft anzugehen. Denn nur gemeinsam können wir die Potentiale für Wachstum und neue Jobs ausschöpfen.

Die Schwierigkeiten liegen vor allem auf dem Gebiet der nichttarifären Hemmnisse. Nicht die – vergleichsweise niedrigen – Zölle sind das Hauptproblem, sondern die vielen unterschiedlichen Normen und Standards, die den bilateralen Austausch einengen und zu hohen regulierungsbedingten Zusatzkosten für Hersteller wie Verbraucher führen.

Wichtig ist es, dass jetzt die politischen Führungen diesseits und jenseits des Atlantik das Projekt einer transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zu ihrer Sache machen, um der Idee neue Schubkraft zu geben. Für die neue Europäische Kommission in Brüssel sollte dies eines der wichtigsten Zukunftsprojekte werden. Ein offener, gemeinsamer Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte könnte der Anfang sein.

Eine solche Initiative richtet sich nicht gegen andere. Sie ist schon gar keine Alternative zu den weltweiten WTO-Gesprächen zum Abbau von globalen Handelshemmnissen in der Doha-Runde. So verstanden könnte eine engere amerikanisch-europäische Wirtschaftspartnerschaft zum Motor für eine neue Dynamik der gesamten internationalen Wirtschaft werden, ja vielleicht sogar zum Ausgangspunkt für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Bekanntlich braucht jedes Thema seine Zeit. Dieser richtige Zeitpunkt könnte jetzt gekommen sein.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Jochen Diekmann

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.